

## PLENARREDE

## REDE VON

NORBERT RÖMER (SPD)

14.09.2017 – Landtag NRW

## TOP 1

Plenum TOP 1 – 14.09.2017

Norbert Römer

(Es gilt das gesprochene Wort)

Anrede,

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

ich hatte vor den Landtagswahlen durchaus damit gerechnet, dass ich Ihnen in der Debatte über die Regierungserklärung antworten werde.

Dass ich Ihnen auf Ihre Regierungserklärung antworten werde, damit habe ich weniger gerechnet.

Ich gratuliere Ihnen noch einmal zu Ihrem Überraschungssieg.

Die SPD ist jetzt die größte Oppositionspartei.

Wir nehmen diese Rolle an.

Wir haben eine Wahl verloren, aber nicht unsere Stimme, nicht unsere Überzeugungen und schon gar nicht unseren Willen, dieses Land stärker und gerechter zu machen.

Die Sozialdemokratische Partei wird an der Seite aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen, deren Rechte durch eine ideologische Marktentfesselungspolitik bedroht sind.

Wir stehen an der Seite aller Menschen, die von dieser Regierung nicht gehört werden, für die nicht gehandelt und für die nicht entschieden wird:

abhängig Beschäftigte in der Industrie und in Dienstleistungsbranchen, Mieterinnen und Mieter, nicht zuletzt Frauen, Männer und Eltern kleiner Kinder, die auf echte Chancengleichheit, auf sozialen Aufstieg und auf mehr Bildungsgerechtigkeit hoffen.

Wir werden fair im Umgang sein, aber hart in der Sache.

Wir werden Alternativen zu Ihrer Regierungspolitik unterbreiten.

Und wir werden Sie kontrollieren, indem wir Sie an den Versprechungen messen, die Sie den Menschen vor der Wahl gegeben haben.

Wo es Gemeinsamkeiten gibt, werden wir nicht unnötigen Streit suchen.

Ihr Wille, die tolerante und weltoffene Kultur Nordrhein-Westfalens gegen die Feinde der offenen Gesellschaft zu verteidigen, ist auch unser Wille.

Wenn Sie in Nordrhein-Westfalen einen großen öffentlichen Verkehrsraum schaffen wollen, werden wir Sie unterstützen.

Selbstverständlich unterstützen wir auch das Azubi-Ticket. Das war ja unsere Idee. Genauer gesagt: die Idee der Jungsozialisten. Herzlichen Glückwunsch an die Jusos:

Euer Vorschlag hat es weit gebracht!

Jedes Jahr 2.300 neue Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auszubilden ist richtig.

Auch das stand schließlich in unserem Programm, nicht im Wahlprogramm der CDU.

Ihr Ziel, die objektive Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen in Nordrhein-Westfalen zu verbessern, ist auch unser Ziel.

Für uns aber gilt: Der höchste Zweck des demokratischen Rechtsstaates ist die größtmögliche Freiheit aller.

Der Staat hat die Freiheit der Menschen zu schützen, indem er sie vor Verbrechen schützt.

Das heißt aber auch: Sicherheit hat der Freiheit zu dienen.

Sie steht im Dienste der Freiheit – nicht umgekehrt.

Aus diesem Grund sind Eingriffe in individuelle Freiheitsrechte nur dann gerechtfertigt, wenn durch sie der Freiheit aller besser gedient ist, als es ohne diese Eingriffe der Fall wäre.

An diese Bedingung knüpfen wir unsere Unterstützung für Ihre Politik in der Inneren Sicherheit.

Anrede,

sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Entzauberung Ihrer Regierung hat längst begonnen.

Und zu dieser Entzauberung haben Sie mit Ihrer Regierungserklärung selbst beigetragen, nicht zuletzt mit dem Versuch der Geschichtsklitterung.

Deshalb lassen Sie mich eine Tatsache in aller Deutlichkeit festhalten:

Bei allen Problemen, die es in Nordrhein-Westfalen noch immer gibt – von Langzeitarbeitslosigkeit über soziale Ungleichheit bis hin zu immer noch ungerecht verteilten Bildungs- und Aufstiegschancen – bei all diesen Problemen: Keine neue Regierung der letzten

25 Jahre hat eine so gute wirtschaftliche und finanzpolitische Ausgangslage vorgefunden wie Ihre Regierung!

- Beschäftigung auf Rekordniveau,
- Arbeitslosigkeit auf Rekordtief,
- robustes Wirtschaftswachstum (zuletzt fünf Prozent in der Industrie!), eine sich immer höher auftürmende Welle von Startup- und Firmengründungen,
- nicht zuletzt ein ausgeglichener Haushalt.

(Ja, grölen Sie nur! Es hilft nur nichts. Das sind Fakten! Und sie sind nicht zu widerlegen!)

Noch mal: Keine neue Regierung der letzten zweieinhalb Jahrzehnte **könnte** so stark von der Arbeit ihrer Vorgängerin profitieren wie Sie!

- Von unseren Milliarden-Programmen für Forschung, Bildung und digitale Infrastruktur,

- vom Spitzencluster it's OWL und von unseren sechs Digital-Hubs zur Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft,
- von mehr als 7.000 neuen Lehrerstellen,
- vor allem aber von unseren Programmen und Konzepten für einen sozialen Arbeitsmarkt und gegen Langzeitarbeitslosigkeit, für eine vorbeugende Bildungs- und Sozialpolitik, für mehr Bildungsgerechtigkeit und sozialen Aufstieg!

Ich benutze ganz bewusst den Konjunktiv.

„Sie könnten“, wenn Sie denn wollten und wenn Sie auf die Regierungsverantwortung vorbereitet wären.

Das sind Sie aber nicht.

Sie sind nur eines: Von den eigenen Wahlkampfversprechen überfordert.

Und deshalb versucht Ihre Koalition mit einer Erblast-Geschichte über die Zeit zu kommen.

Wenn Sie tatsächlich Ihre Regierungszeit mit Wahlkampagnen gegen Regierungen der Zeitgeschichte vergeuden wollen, werde ich Sie nicht daran hindern können.

Das hilft Ihnen aber nicht.

Die Landtagswahl ist vorbei.

Das Urteil der Wähler ist gesprochen.

Sie müssen jetzt liefern.

Denn schon bald werden die Menschen in Nordrhein-Westfalen wissen wollen, was aus all den spektakulären Versprechen geworden ist, die ihnen im Wahlkampf von Armin Laschet und Christian Lindner gegeben wurden.

Und dann gibt es keine Ausreden mehr.

Denn für schwarz-gelbe Wahlversprechen sind nicht Grüne, SPD oder sonst wer verantwortlich, sondern einzig und allein CDU und FDP.

Dabei ist schon heute klar:

Das Tempo, indem sich das Kabinett Laschet von einer Regierung spektakulärer Versprechen in eine Regierung spektakulärer Wortbrüche verwandelt, ist nicht in Jahren zu messen, sondern in Monaten, Wochen und Tagen.

In der Verkehrspolitik haben Sie sogar einen geradezu historischen Rekord aufgestellt.

„Mehr Bewegung, weniger Stau!“

Und zwar innerhalb der kommenden fünf Jahre.

Das war eines Ihrer zentralen Wahlkampfversprechen.

Und wagen Sie es nicht, das zu bestreiten!

Wagen Sie es nicht!

Tausende von Menschen, die auf Ihren Wahlkampfveranstaltungen waren, können das Gegenteil bezeugen!

Tausende von Wahlkampfplakaten bezeugen es ohnehin.

Doch nur drei Tage nach der Nominierung des Kabinetts (oder waren es noch weniger?) wollten der Ministerpräsident und sein designierter Verkehrsminister von ihren Versprechungen nichts mehr wissen.

Weniger Stau? Nein! Mehr Baustellen werde es geben.

Weniger Stau, mehr Bewegung gibt es vielleicht in zehn Jahren, vielleicht auch erst später!

Das ist übrigens genau das, was unser Verkehrsminister Michael Groschek immer gesagt hat.

Der Unterschied ist nur: Er hat das schon vor der Wahl gesagt.

Er hat den Menschen die Wahrheit gesagt.

Sie hingegen, verehrte Herren Laschet und Wüst, Sie haben die Menschen getäuscht.

Ihr Versprechen war von Anfang an unhaltbar.

Und das haben Sie auch gewusst!

Solange Sie das nicht eingestehen und sich bei den Wählerinnen und Wählern entschuldigen, solange ist jeder Staukilometer Ihr Staukilometer.

Solange, Herr Wüst, sind Sie der Minister für Stau und Wortbruch in NRW.

Der nächste Fall ist die Finanzpolitik.

Zu Recht hat Norbert Walter-Borjans als Finanzminister immer betont, dass solide Finanzpolitik niemals nur Sparen und Kürzen sein darf, sondern zuallererst kluge Zukunfts-investitionen verlangt.

Trotzdem konnte er 2016 mit einem Haushalts-überschuss abschließen und hätte das auch dieses Jahr getan.

Die Politik des ehemaligen Finanzministers war stets klar und eindeutig: Die Schuldenbremse gilt. Ab 2020!

Muss ich den Ministerpräsidenten daran erinnern, wie er als Oppositionsführer geschimpft hat: Was sei das nur für ein Finanzminister, der nicht härter und schneller sparen wolle!

Ich habe es Ihnen damals gesagt und ich sage es Ihnen heute: Norbert Walter-Borjans war ein herausragend guter Finanzminister.

Er war so gut, dass sein Nachfolger es nun genauso halten will wie er: Die Schuldenbremse soll erst 2020 eingehalten werden.

Dafür kritisiere ich Sie auch nicht.

(Sie wollen das Geld falsch ausgeben, aber das ist ein anderes Thema!)

Was ich Ihnen vorwerfe, ist Ihre selbstgerechte Doppelmoral und Ihr Mangel an Wahrhaftigkeit!

Was haben Sie uns zu Oppositionszeiten nicht alles vorgeworfen!

Vor allem: Was haben Sie Ihren Wählerinnen und Wählern nicht alles versprochen!

Im Haushalt gäbe es ein strukturelles Defizit von zwei bis drei Milliarden Euro. Und deshalb würden Sie jeden Euro an Mehrausgaben mit Einsparungen in gleicher Höhe ausgleichen.

Sie hätten durchgerechnete Kürzungsvorschläge in der Schublade, die Sie im Falle eines Wahlsieges sofort umsetzen würden.

Und nun? Wo sind Ihre durchgerechneten Haushaltskürzungen?

Es gibt sie nicht!

Es gab sie nie.

Das, was Sie hier jahrelang aufgeführt haben, war finanzpolitisches Lientheater!

Und eine Wählertäuschung obendrein.

Anrede,

wir müssen heute feststellen, dass die Regierung Laschet keine Bodenhaftung hat.

Ihr Überraschungssieg ist Ihnen dermaßen zu Kopf gestiegen, dass Sie glauben, sich über viele Normen angemessenen Verhaltens einfach hinwegsetzen zu können.

Davon zeugen nicht nur Ihre Wortbrüche, sondern auch die Besetzung des Kabinetts.

Die Entbindung des Ministers Holthoff-Pförtner von seiner Verantwortung für die Medienpolitik in NRW war unausweichlich.

Der Miteigentümer des größten Medien-unternehmens in Nordrhein-Westfalen kann und darf nicht die Medienpolitik in diesem Land verantworten.

Jede Entscheidung, die er getroffen hätte oder an der beteiligt gewesen wäre, hätte Auswirkungen auf den Wert seiner Unternehmensanteile gehabt, der in der Rheinischen Post auf 250 Millionen Euro geschätzt wurde.

Jeder kleine Beamte hat auch nur den Anschein zu vermeiden, er sei befangen.

Wie konnten Sie, Herr Ministerpräsident, auch nur für eine Minute glauben, für einen Ihrer Minister gelte das nicht?

Und warum mussten erst namhafte Staatsrechtler die Berufung von Herrn Holthoff-Pförtner als „nicht legitim“, als „völlig untragbar“ und als „verheerend“ bezeichnen, bevor Sie Ihre Fehlentscheidung korrigierten? Warum?

Im Übrigen besteht der Missstand der Befangenheit Ihres Ministers noch immer. Denn er ist noch immer Kabinettsmitglied.

Sie, Herr Ministerpräsident, werden zu erklären haben, wie Sie Ihren Minister für Europa- und Bundesangelegenheiten von allen Beratungen und Entscheidungen fernhalten wollen, die Auswirkungen auf seinen Medienbesitz und sein Vermögen haben werden.

Und damit meine ich auch Beratungen und Entscheidungen auf Bundes- und EU-Ebene.

Herr Ministerpräsident, Sie haben Herrn Holthoff-Pförtner eine ehrenwerte und verantwortungsbewusste Persönlichkeit genannt.

Ich habe überhaupt keinen Grund, daran zu zweifeln.

Aber wie konnten Sie ihn dann in eine solche Lage bringen?

Sie hätten wissen müssen, was auf Ihren Minister zukommt.

Sie sind kein politischer Anfänger. Sie machen seit 30 Jahren Politik.

Sie wissen, wie es um das Vertrauensverhältnis zwischen Bürgern und politischen Eliten in diesem Land bestellt ist.

Es ist fragil und zerbrechlich.

Und trotzdem haben Sie geglaubt, sich über die ungeschriebenen Normen politischer Angemessenheit und Achtsamkeit hinwegsetzen zu können.

Dass die Berufung von Herrn Holthoff-Pförtner keine bedauerliche Unachtsamkeit, sondern Ausdruck einer zweifelhaften Haltung ist, zeigt die Berufung Ihrer Umwelt- und Landwirtschaftsministerin.

Seitdem die Zustände auf ihrem Hof bekannt sind, gibt es viel Kritik.

Es gibt aber auch Beistand.

„Christina Schulze Föcking ist eine von uns!“ rufen, schreiben und twittern viele Landwirte.

Und das stimmt auch.

Die Ministerin ist eine von ihnen.

Aber genau das ist doch das Problem.

Auch sie kann ihr Amt nicht unbefangen ausführen.

Auch in diesem Fall, so schrieb die Süddeutsche Zeitung, muss sich der Ministerpräsident die Frage gefallen lassen, *„ob es klug ist, jemanden mit einem Ressort zu betrauen, in dem er oder sie zwangsläufig auf eigene Betriebsinteressen stößt.“*

Die Ministerin ist angetreten, landwirtschaftliche Betriebe wie ihren eigenen gegen einen modernen Umwelt- und Verbraucherschutz zu verteidigen.

Das ist ihre politische Mission – früher als Landwirtin und heute als Landwirtschaftsministerin.

Und das ist nicht nur ihre Überzeugung. Es ist auch ihr Auftrag.

Deshalb hat er Herr Laschet Frau Schulze Föcking berufen.



Doch die Zeiten sind vorbei, in denen es noch akzeptabel war, Landwirtschaftsministerien als reine Lobby-Ministerien zu führen.

Das geht nicht mehr.

Es geht auch nicht, dass ein Ministerium über Wochen damit beschäftigt ist, die Situation im Betrieb seiner Ministerin zu analysieren und zu rechtfertigen.

Doch dazu wird es immer wieder kommen.

Die ungesunde Verschränkung von Amt und Privatem ist in der Berufung der Ministerin schon angelegt. Der Ministerpräsident hätte Frau Schulze Föcking zur Wirtschafts-, Wissenschafts- oder Finanzministerin ernennen können, auch zur Medienministerin.

Aber als Umwelt- und Landwirtschaftsministerin ist sie die falsche Person zur falschen Zeit.

Anrede,

nach 78 Tagen Schwarz-Gelb in NRW ist das erste Zwischenfazit ernüchternd:

- Schwarz-Gelb ist schon jetzt eine Koalition, die sich allzu oft durch Doppelmoral und einen Mangel an Wahrhaftigkeit auszeichnet.
- Schwarz-Gelb ist eine Koalition der gebrochenen Wahlversprechen.
- Vor allem aber ist Schwarz-Gelb in NRW das, was ein solches Bündnis schon immer und überall war: eine profane, neoliberale Mitte-Rechts-Regierung, die Arbeitnehmerrechte, Mieterschutz und Umweltschutz als Zielscheiben für ihre Deregulierungsgeschosse benutzt.

Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören.

Dass jemand Ihre Politik beim Namen nennt, fürchten Sie so sehr wie russische Spitzensportler einen Dopingtest.

Deshalb haben Sie Ihrer Koalition ein Pseudonym verpasst und deshalb bedient sich der Ministerpräsident verschleiender Begriffe:

Nordrhein-Westfalen solle das „soziale Gewissen“ der Bundesrepublik bleiben.

Für den sozialen Ausgleich in Ihrer Markt-Entfesselungs-Koalition wolle die Union sorgen.

Dann schauen wir doch mal, was Ihre Koalition mit dem sozialen Gewissen zur Sozialpolitik verabredet hat –

also jener Politik, die der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebenssituation von benachteiligten Menschen dient und die für gerechte Lebenschancen sorgen soll.

Was haben Sie dazu verabredet?

Nichts.

Gar nichts.

Auf den 120 Seiten ihres Koalitionsvertrages findet sich zur Sozialpolitik keine einzige konkrete Maßnahme.

Entweder ist Ihnen die Sozialpolitik vollkommen egal oder Sie konnten sich auf nichts einigen. Wahrscheinlich stimmt beides.

Und auch gestern hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik kein Wort verloren.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik findet anscheinend in Nordrhein-Westfalen gar nicht mehr statt.

Und wann hat es das schon mal gegeben, dass am Tag der Regierungserklärung behinderte Menschen vor dem Landtag für ihre Rechte und gegen die Regierung demonstrieren.

Es geht um die neue Landesbauordnung mit ihren Geboten für Barrierefreiheit, die diese Regierung ohne Grund auf Eis gelegt hat. Das hat diese behinderten Menschen zu Recht aufgebracht. Das empört sie.

Und das sollte Ihnen zu denken geben: Korrigieren Sie Ihre politische Fehlentscheidung. Ganz schnell!

Sehr geehrter Ministerpräsident,  
das ist doch peinlich!

Ihr Gerede vom sozialen Gewissen und vom sozialen Ausgleich ist reine Camouflage.

Denn sobald Sie konkret werden, fällt Ihnen die Tarnkappe vom Gesicht. Dann kann jeder erkennen, was Ihre Politik der „Entfesselung“ tatsächlich ist: eine Politik der Entrechtung.

Nirgendwo wurde das bisher so deutlich wie auf dem Feld des Mieterschutzes.

Die von Schwarz-Gelb angestrebte Entfesselung der Marktkräfte auf dem Wohnungsmarkt ist eine Entrechtung von über 10 Millionen Menschen, die in Nordrhein-Westfalen zur Miete wohnen.

Wenn das schwarz-gelbe Mieter-Entrechtungspaket Gesetz wird,

- werden viele Menschen mit drastischen Mieterhöhungen in nur wenigen Jahren zu rechnen haben.
- Ihre Mietwohnungen werden noch leichter in Eigentumswohnungen, Ferienwohnungen oder Büros verwandelt.
- Ihre Kündigungsfristen bei Eigenbedarfskündigungen werden abgeschmolzen.

Durch dieses Entrechtungspaket wird keine zusätzliche Mietwohnung entstehen, die für Normalverdiener bezahlbar ist.

Aber zigtausende Menschen in Nordrhein-Westfalen werden sich ihre bisherige Wohnung nicht mehr leisten können.

Die Wohnungsnot und die Mietpreissteigerungen in unseren Ballungsräumen sind ein Feuer, das Sie mit Benzin bekämpfen wollen.

Die schwarz-gelbe Koalition entrechtet die Mieter und empfiehlt allen Menschen, die sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können, Eigentum zu erwerben, zum Beispiel auf dem Land.

Dabei wolle man auch behilflich sein: Durch eine Bundesratsinitiative, die vielleicht, irgendwann zu einem Grundfreibetrag bei der Grunderwerbssteuer führt.

Anrede,

eines vorweg: Staatliche Hilfen zum Erwerb vom Wohneigentum stehen auch in unserem Wahlprogramm. Sie sind richtig und notwendig.

Aber für mehr als zwei Drittel aller Mieterinnen und Mieter in Nordrhein-Westfalen sind sie keine Hilfe, weil Wohneigentum für sie nicht infrage kommt, aufgrund ihres Einkommens, ihres Alters oder ihres Familienstandes.

Ich spreche von Menschen in der unteren Einkommenshälfte, von Rentnerinnen und Rentnern, von Alleinerziehenden, von Menschen mit Behinderungen, von Studierenden und jungen Menschen in der Berufsausbildung,

Ich spreche aber auch von ganz normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Familien, deren Heimat Köln, Düsseldorf oder Münster ist.

Die wollen nicht wegziehen.

Die wollen guten und bezahlbaren Wohnraum in ihrer Heimat – und sie haben auch ein Recht darauf: ein Recht auf die Regeln eines starken Staates, der sie schützt.

Und jetzt muss ich noch einmal auf den schwarz-gelben Mangel an Wahrhaftigkeit zurückkommen.

Ja, wir haben in unserer Regierungszeit die Grunderwerbssteuer angehoben – wie übrigens CDU und FDP in anderen Bundesländern auch.

Was haben Sie uns dafür gescholten! Was haben Sie geschimpft!

Aber die ganze Aufregung war reines Theater.

Denn jetzt hätten Sie ja die Möglichkeit, diese Erhöhung zurückzunehmen. Doch das wollen Sie gar nicht. Sie wollen das Geld behalten.

Stattdessen kündigen Sie eine Bundesratsinitiative zur Grunderwerbssteuer an.

Kein Mensch weiß, ob und wann diese Initiative erfolgreich sein wird.

Sie wissen es auch nicht.

Sie haben ja nicht einmal die Kosten durchgerechnet.

Es ist nur ein Ablenkungsmanöver.

Andernfalls könnten Sie ja die Grunderwerbssteuer in NRW solange absenken, bis sich für den Freibetrag eine Mehrheit in Bundestag und Bundesrat gefunden hat.

Aber auch das wollen Sie nicht.

Ich mache Ihnen einen anderen Vorschlag: Wenn Sie wirklich junge Familien entlasten wollen, dann können wir gemeinsam die Kita-Gebühren abschaffen. Zumindest für die Kernzeiten von 30 Stunden pro Woche.

Lassen Sie uns gemeinsam junge Familien über vier Jahre um 10.000, 15.000 oder gar 25.000 Euro entlasten.

Das hilft allen Familien, ganz gleich, ob sie Wohneigentum erwerben wollen oder nicht. Die Mittel dafür sind vorhanden.

Was fehlt, ist der politische Wille in Ihrer Koalition.

Gebühren die man erhebt, obwohl man es nicht muss, sind nichts anderes als Steuern: Kita-Steuern! Von nun sind die Kita-Gebühren in Nordrhein-Westfalen schwarz-gelbe Kita-Steuern.

Anrede,

Herr Ministerpräsident,

Sie haben vor und nach der Wahl damit angegeben, dass unter Ihrer Führung Nordrhein-Westfalen einen nie gekannten Einfluss auf die Bundespolitik erhalten werde.

Was wir da zu erwarten haben, hat Ihr Verhalten vor dem ersten Diesel-Gipfel gezeigt.

Einen Tag vorher verkündeten Sie die vermeintlich „knallharten“ Forderungen Nordrhein-Westfalens an die Autokonzerne.

NRW werde ein „Maßnahmenpaket“ verlangen, dass „substanziell messbare Ergebnisse“ bringen werde: Softwareupdates und ein Mobilitätsfonds.

Und siehe da: Genau das wurde dann auch beschlossen.

Ich kann mir gut vorstellen, wie das in Wirklichkeit abgelaufen ist:

Sie haben im Bundeskanzleramt angerufen und gefragt, was denn bei diesem Gipfel rauskommen wird und zu welchen Zugeständnissen VW, BMW und Daimler gnädiger Weise bereit sind.

Das haben Sie alles brav mitgeschrieben und anschließend Ihren Zettel als super-harten NRW-Forderungskatalog präsentiert.

Wissen Sie, wie den Damen und Herren in Wolfsburg und Hannover, in München und Stuttgart zu Mute war, als sie von Ihren Forderungen erfuhren?

Zum Lachen!

Die haben über Sie gelacht!

Und sie haben über Nordrhein-Westfalen gelacht, dessen Ministerpräsident sich mit dem Schaumschläger in der Hand zum Unterstützer kurzfristiger Interessen aus Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern gemacht hat.

Für die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben Sie gar nichts erreicht!

Nichts für die Besitzer von Dieselfahrzeugen.

Nichts für normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihren Wagen brauchen, um zur Arbeit zu kommen oder ihre Kinder zur Schule zu bringen.

Nichts für kleine und mittelständische Unternehmen, die ohne ihre Fahrzeuge keine Aufträge ausführen können.

Sie alle werden nach wie vor durch Fahrverbote bedroht.

Für viele geht es um ihre schlichte Existenz!

Vor allem aber haben Sie nichts für den Schutz der Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger in NRW erreicht, die in unmittelbarer Nähe der kontaminierten Straßen leben.

Die Softwareupdates werden ihnen nicht helfen – das weiß mittlerweile jeder, und Sie wussten es auch schon vor den Diesel-Gipfeln.

Der Mobilitätsfonds ist zwar richtig, wer aber jetzt die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler den Schaden bezahlen lässt, den große Konzerne durch ihr Kartell, ihren Betrug und ihre Manipulationen angerichtet haben, der verantwortet den Skandal nach dem Skandal.

Herr Ministerpräsident,

Ihre erste bundespolitische Bewährungsprobe haben Sie nicht bestanden.

Es kommen noch weitere Bewährungsproben auf Sie und Ihre Regierung zu.

Wann endlich beginnt Ihr Kampf um die Arbeitsplätze bei ThyssenKrupp?

Die CDU spricht sich ohne Wenn und Aber für eine Fusion von ThyssenKrupp mit dem indischen Großkonzern Tata aus.

Damit stellt sie sich gegen die Interessen der Betriebsräte und ihrer Gewerkschaft IG Metall, die gerade in Duisburg einen harten Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze von tausenden Stahlkochern führen.

In der Vergangenheit haben alle Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft für den Stahlstandort NRW und den Erhalt von Arbeitsplätzen gekämpft.

Das einzige, was Sie, Herr Ministerpräsident, bisher mit Entschlossenheit getan haben, war, die Hände in die Hosentaschen zu stecken.

Ihre Fraktion will ja nicht einmal, dass die Beschäftigten für ihre Arbeitsplätze demonstrieren.

Ihre Fraktion will das Thema totsichweigen.

Die Halbherzigkeit, ja die Gleichgültigkeit mit der Sie, Herr Ministerpräsident, auf die Bedrohung des Stahlstandorts NRW reagieren, ist ein Bruch mit der Politik aller Landesregierungen seit den 60er Jahren.

Herr Ministerpräsident Laschet, Sie stehen jetzt im Verdacht, für die Bilanzen der Manager und Kapitaleigner zu kämpfen, aber nicht für die Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen.

Beweisen Sie endlich, dass Sie auf der richtigen Seite stehen.

Anrede,

nach 78 Tagen Schwarz-Gelb weiß ich nicht mehr, was für Nordrhein-Westfalen schädlicher ist: Ihre industriepolitische Untätigkeit oder Ihre Drohung, aktiv zu werden.

Meister im Vorschriften-Streichen wollen die schwarz-gelben Koalitionäre werden, doch die erste industriepolitische Initiative, die sie ankündigen, ist ein neuer Verbots-Erlass.

Ich rede von der Windkraft, deren Ausbau Schwarz-Gelb von heute auf morgen unterbinden will.

Mehr als 60 Unternehmen haben Ihnen einen Brandbrief geschrieben!

Sie befürchten einen massiven Geschäftseinbruch.

Investitionen von zuletzt mehr als einer Milliarde Euro in NRW stehen auf dem Spiel – und damit auch viele der fast 20.000 Jobs in Nordrhein-Westfalen.

Was würde wohl jener CDU-Politiker dazu sagen, der vor nicht allzu langer Zeit noch gefordert hat, man müsse

*„jeden Tag darüber nachdenken: Was können wir tun, um hier neue Arbeitsplätze zu schaffen? Und jeder, der irgendeine Idee hat, irgendeine Voraussetzung schafft, damit ein neuer Arbeitsplatz entsteht, der muss jede Unterstützung der Landesregierung bekommen.“*

Das waren Sie, Herr Laschet, in Ihrem vorherigen Leben.

In Ihrem neuen Leben würden Sie wohl ergänzen: *„es sei denn, die neuen Arbeitsplätze haben was mit Erneuerbaren Energien, mit Umwelt- und Klimaschutz tun. Dann rollen wir die Steine auf den Weg!“*

Anrede,

sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Sie haben der Digitalisierung sehr viele Seiten Ihrer Regierungserklärung gewidmet.

Aber Sie haben nicht mehr gesagt, als was nicht jeder Landespolitiker, jede Landesministerin oder jeder Ministerpräsident in Deutschland zu diesem Thema derzeit so sagt.

Über ermunternde, warnende und mahnende Allgemeinplätze eines Elder Statesman sind sie nicht hinausgekommen.

Mit welchen konkreten Maßnahmen, Programmen und Projekten will Ihre Regierung den Aufbruch in die digitale Ökonomie denn einleiten?

Was ist das Neue, das Innovative Ihrer Politik?

Das ist nach wie vor ein Geheimnis.

Das Energieland NRW, insbesondere das Ruhrgebiet, wäre der ideale Ort für ein Internet der Energie, für virtuelle Kraftwerke und intelligente Stromnetze, die Energieerzeuger und -verbraucher auf neue Art vernetzen.



Nordrhein-Westfalen wäre der ideale Ort für ein Internet der Mobilität, das alle öffentlichen und privaten Verkehrsangebote digital vernetzt.

Das Internet der Mobilität – konzentriert und nutzbar in einer App – könnte für jede beliebige Strecke zu jedem beliebigen Zeitpunkt den schnellsten Weg und die optimale Verknüpfung von Verkehrsmitteln berechnen.

Das sind nur zwei konkrete Projekte für digitalen Fortschritt in Nordrhein-Westfalen, ehrgeizige, aber realistische Projekte, die aufsetzen würden auf dem, was wir bereits begonnen haben.

Für Sie aber ist beides überhaupt kein Thema.

Leider.

Noch mal: Was ist das Neue und Innovative Ihrer Politik?

Ihr sogenanntes „Entfesselungspaket“?

Ist das Ihre Initialzündung für den Aufbruch in die Wirtschaft der Zukunft?

Die Abschaffung der Hygieneampel, die Entfristung des IHK-Gesetzes und die elektronische Zusammenführung von Formularen?

Mit vier verkaufsoffenen Sonntagen gegen Internethandel und Amazon?

Ehrlich jetzt?

Einen Tiger wollten Sie reiten – aber dann haben Sie nur ein kleines Kätzchen gestreichelt.

Anrede,

dass Nordrhein-Westfalen schnelle Breitbandnetzte bekommen soll, ist auch kein neuer Plan.

Bis 2026 wollte Rot-Grün für ein flächendeckendes Gigabitnetz sorgen.

Schwarz-Gelb will es nun bis 2025 schaffen.

Ein Jahr Unterschied.

Ist das Ihr neuer Ehrgeiz?

Selbstverständlich brauchen wir eine engere Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft, eine noch bessere Förderung von Start-Ups und mehr universitären Technologietransfer in Kleine und Mittelständische Unternehmen.

Wir haben mit it's OWL, Patentscouts und sechs Digitalhubs die Grundlagen dafür geschaffen.  
Darauf können Sie jetzt aufbauen.  
Aber einen neuen Ansatz, eine neue Idee haben Sie nicht.

Über die Zukunft der Arbeit in einer digitalen Wirtschaft haben Sie – abgesehen von ein paar Maß- und Mitte-Plattitüden – ebenfalls nichts gesagt.  
Denn dann müssten Sie ja über Regeln sprechen.  
Sie müssten darlegen, wie man die Regeln der sozialen Demokratie in das Zeitalter der digitalen Ökonomie überführt und durchsetzt.  
Denn ohne Regeln gibt es keine Rechte, weder für Unternehmen noch für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.  
Doch das zuzugeben verbietet Ihnen Ihre Marktentfesselungsideologie.

Anrede,  
am Beispiel des Ruhrgebiets will ich aufzeigen, wie eine Strategie für Prosperität, Lebensqualität und sozialen Aufstieg aussehen müsste.

Denn im Ruhrgebiet entscheidet sich die Zukunft Nordrhein-Westfalens.

Einerseits ist das Ruhrgebiet ein internationales Vorbild für erfolgreichen Strukturwandel:  
Es hat heute die dichteste Hochschullandschaft in ganz Europa.  
Es ist ein europäisches Zentrum für Wissenschaft, Bildung und Kultur, für Logistik und Maschinenbau, für Chemie und Energie.  
Seit einigen Jahren wächst die Wirtschaft im Ruhrgebiet wieder stärker als im Bundesdurchschnitt. Das zeigt: Wir haben schon viel erreicht.

Andererseits leiden viele Städte und Stadteile noch immer unter Langzeitarbeitslosigkeit, Bildungsarmut und sozialer Ungleichheit.  
Das macht deutlich: Wir haben noch viel zu tun.

Die Trennlinie zwischen Licht und Schatten verläuft quer durch die Städte, zum Teil sogar quer durch einzelne Stadtteile.

Im Süden des Ruhrgebiets ist die Gestaltung des Strukturwandels erfolgreich.

Im Norden noch nicht.

Was wir brauchen ist eine Konzentration von öffentlichen Investitionen in diesen schwachen Städten und Vierteln.

Unsere Strategie für ein prosperierendes Ruhrgebiet steht auf fünf Pfeilern:

Erstens: Die gezielte Ansiedelung von neuen innovativen Unternehmen. Wer ins Ruhrgebiet kommt, muss von der dichtesten Hochschullandschaft profitieren können und von der besten digitalen Infrastruktur.

Der Gigabitausbau muss in Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Bochum und Dortmund beginnen.

Zweitens: Investitionen in die öffentliche Lebensqualität, in die Modernisierung und Verschönerung von Häusern und Straßenzügen.

Jede Stadt und jeder Stadtteil kann Heimat sein, bleiben oder wieder werden – und zwar für tatendurstige Menschen aus der ganzen Welt.

Bauen Sie keine Gebühren-Mauer für Studierende aus der ganzen Welt!

Das ist dumm und schädlich für unser Land!

Drittens: Eine vorbeugende Bildungs- und Sozialpolitik.

Jede Stadt und jedes Stadtviertel muss zu einer Bildungslandschaft werden: durch eine enge Vernetzung von Kitas und Schulen mit der

Jugend-, Kinder- und Familienhilfe.

Warum wollen Sie nur 30 Schulen besonders fördern?

Wir brauchen doch keine Elite-Schulen, sondern Exzellenz in der Breite.

Seien wir mutig! Beginnen wir mit 300!

Viertens: Investitionsfreiheit für alle Kommunen. Entlasten wir die Städte durch einen Altschuldentilgungsfonds und führen einen Strukturwandel-Bonus des Bundes ein, um unsere Städte von Kosten für Sozialleistungen zu entlasten.

Nach dem Auslaufen des Solidarpaktes 2019 muss ein neues Fördersystem des Bundes für strukturschwache Regionen in ganz Deutschland geschaffen werden. Die Programme müssen aufgestockt und verstetigt werden.

Fünftens: Ein sozialer Arbeitsmarkt gegen Langzeitarbeitslosigkeit!

Wem das Leben aus den Händen gleitet, verdient zweite und dritte Chancen.

Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren.

Gemeinnützige Aufgaben, die der Allgemeinheit zugutekommen, aber bisher liegenbleiben, gibt es reichlich.

Genauso wie Menschen, über die der Strukturwandel hinweggegangen ist und die keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt haben.

Sie wollen dennoch etwas leisten.

Und das können sie auch!

Geben wir Ihnen wieder eine Perspektive!

Noch einmal: Die Zukunft unseres Landes entscheidet sich im Ruhrgebiet! Wir gewinnen diese Zukunft nicht mit PR-Konferenzen oder Allgemeinplätzen über die Chancen und Risiken der Digitalisierung.

Wir gewinnen die Zukunft mit ganz konkreten Initiativen für Menschen und ihre Heimat!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

lieber Herr Laschet,

Sie wollen eine Regierung für die kommenden zwanziger Jahre des 21. Jahrhunderts führen.

Aber an Ihren Ideen und Konzepten, soweit überhaupt vorhanden, haftet der Staub der neoliberalen Neunziger des Zwanzigsten Jahrhunderts.

Das war schon das Problem der gescheiterten Regierung Rüttgers.

Neu ist nur Ihre Sprache, die Neuinterpretation und Aushöhlung von Begriffen:

Wenn Sie über „Aufstieg durch Bildung“ oder „qualitatives Wachstum“ sprechen, dann produzieren Sie nur Wort-Artefakte, die zu Staub zerfallen, sobald man sie in die Hand nimmt.

Sie sind mit keiner einzigen konkreten Maßnahme hinterlegt.

Wenn Sie hingegen von „Versöhnung“ und „Ausgleich“ sprechen, müssen sich Gewerkschaften, Mieter und Umweltverbände auf harte Konflikte einstellen.

In Ihrem Denken sind Sie noch immer in der kalten Privat-vor-Staat-Ideologie gefangen, die schon 2005 ein Anachronismus war.

Ich habe zu Beginn meiner Rede gesagt, dass wir als stärkste Oppositionsfraktion mit Ihnen als Regierungskoalition in den Wettbewerb um konkrete Lösungen für die Probleme der Menschen in unserem Land eintreten. Fair im Umgang, hart und klar erkennbar in der Sache.

Nach dieser mittelmäßigen und die Erwartungen vieler Menschen enttäuschenden Regierungserklärung gibt es dafür ein weites Feld. Wir werden das nutzen: für ein starkes und modernes NRW – mitten in Europa, weltoffen, tolerant und gerecht, sozial und solidarisch.

Glück auf!